



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Mobilität -

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 12. Juni 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-22-0062

**Konzept zur Regelung des Gehwegparkens und Verbesserung der Parksituation für Anwohner in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.06.2025 -**

Das halbhüftige Parken auf Gehwegen hat in Teilen von Wiesbaden bereits zu Konflikten zwischen Autofahrern, Fußgängern und mobilitätseingeschränkten Personen geführt. Unter anderem in Schierstein und Biebrich wurden Strafzettel für seit Jahren geduldetes halbhüftiges Parken verteilt. Diese neue Praxis erfolgte ohne Einbeziehung der Anwohner, die von der Maßnahme überrascht wurden. Das Verkehrsdezernat sah als einzige Lösung das Parken auf der Fahrbahn vor. In den dortigen engen Straßen blieben dadurch zwar die Bürgersteige frei, aber die Straßen wurden so eng, dass Rettungswagen oder die Müllabfuhr kaum noch durchkamen. Alternative Parkmöglichkeiten wurden nicht geschaffen. Das Verkehrsdezernat hat bereits angekündigt, dass das halbhüftige Parken künftig auch in anderen Teilen Wiesbadens geahndet werden soll.

Die bisherige Kontrolle und Ahndung im Rahmen dieser Praxis stößt insbesondere bei den betroffenen Anwohnern auf Kritik. Erfahrungen aus anderen Städten, wie Mainz, zeigen, dass konsequente Maßnahmen zur Verkehrsregelung mit begleitenden sozialen Ausgleichsmechanismen und Schaffung von Ersatzparkraum notwendig sind.

Auch in Wiesbaden muss es möglich sein, eine für alle Verkehrsteilnehmer zufriedenstellende Lösung zu finden. Die Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit auf den Gehwegen muss gewährleistet sein. Gleichzeitig soll dort, wo der Gehweg eine ausreichende Breite für Fußgänger, Rollatoren und Kinderwagen bietet, das halbhüftige Parken ermöglicht werden. Außerdem müssen vor der Maßnahme ausreichend legale Parkmöglichkeiten für Anwohner geschaffen werden. Ist das Parken auf der Fahrbahn die Lösung für diesen Bereich, muss das Parken auf der Fahrbahn so geregelt werden, dass die Durchfahrt für Müllabfuhr, Krankenwagen und Feuerwehr jederzeit problemlos möglich ist. Darüber hinaus ist eine transparente und frühzeitige Kommunikation und Beteiligung der Anwohner und Ortsbeiräte erforderlich.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) zu berichten, in welchen Bereichen Wiesbadens das halbhüftige Parken zu Problemen führt;
- b) ein umfassendes Konzept zur Regelung des Gehwegparkens und zur Verbesserung der Parksituation für Anwohner in Wiesbaden zu erarbeiten und dem Mobilitätsausschuss vorzulegen. Das Konzept soll insbesondere die Herstellung der Verkehrssicherheit der Gehwege, die Ermöglichung des halbhüftigen Gehwegparkens, die Sicherstellung der Erreichbarkeit durch Rettungsdienste und Müllabfuhr sowie eine transparente und frühzeitige Kommunikation und Beteiligung der Anwohner und Ortsbeiräte beinhalten.

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 12.06.2025

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

a) bleibt

b) **Alt:**

~~ein umfassendes Konzept zur Regelung des Gehwegparkens und zur Verbesserung der Parksituation für Anwohner in Wiesbaden zu erarbeiten und dem Mobilitätsausschuss vorzulegen. Das Konzept soll insbesondere die Herstellung der Verkehrssicherheit der Gehwege, die Ermöglichung des halbhüftigen Gehwegparkens, die Sicherstellung der Erreichbarkeit durch Rettungsdienste und Müllabfuhr sowie eine transparente und frühzeitige Kommunikation und Beteiligung der Anwohner und Ortsbeiräte beinhalten.~~

Neu:

die Rechtslage bzgl. des Gehweg- und Straßenparkens unter Einbezug von Fallbeispielen in der Stadt vorzustellen und hierfür Musterlösungen für rechtskonforme Regelungen zu erläutern.

Beschluss Nr. 0055

Der Antrag wird in der Fassung des Änderungsantrages wie folgt angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

a) zu berichten, in welchen Bereichen Wiesbadens das halbhüftige Parken zu Problemen führt;

b) die Rechtslage bzgl. des Gehweg- und Straßenparkens unter Einbezug von Fallbeispielen in der Stadt vorzustellen und hierfür Musterlösungen für rechtskonforme Regelungen zu erläutern.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 30.06.2025

Martin Kraft
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2025

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister